

Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postk.-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Paul-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangswieser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontofällen zehant der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tag Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großpörsdorf, Brettnig, Hauswalbe, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 148

Mittwoch, den 27. Juni 1928

80. Jahrgang

Das Wichtigste

Das Kabinett Poincaré macht eine schwere Reise durch. Es wird vermutet, daß Amundsen mit seinem Flugboot auf freiem Meer treibt.
Heute vormittag ist Prinz Heinrich der Niederlande in Köln eingetroffen, um die „Pfalz“ und die niederländische Abteilung des Staatenshauses zu besichtigen.
Die freitenden Arbeiter im Hafen von Antwerpen haben mit 8000 gegen 1000 den Einigungsantrag des Arbeitsministers abgelehnt. Der Streik dauert daher noch an.
Vom 29. bis 30. Juni findet in Danzig der 47. Deutsche Arbeitertag statt, nachdem in den Tagen vorher bereits der Hartmann-Bund seine wirtschaftliche Tagung abgehalten hat. Es werden gegen 600 Vertreter, die 45 108 Stimmen vertreten, erwartet.
In den ersten Nachmittagsstunden des Dienstag ging über Salzburg ein furchtbares Hagelwetter nieder, das großen Schaden anrichtete. Die Fenstergehäusen ganzer Straßenzüge wurden zertrümmert. Auch die Fenstergehäusen der Straßenbahnwagen wurden teilweise große Hagelkörner eingeschlagen.
Die kommunistische Reichstagsfraktion hat im Reichstag den Entwurf eines Gesetzes über die Aufhebung der Hauszinssteuer eingebracht.

Deutsche in fremdem Gold.

Die Fremdenlegionswerbung in der Pfalz hat sich in den letzten Monaten außerordentlich verstärkt. Amtliche Feststellungen haben ergeben, daß allein in der Pfalz an der Elsaßischen Grenze in den Monaten Dezember 1927 und Januar 1928 rund 550 deutsche Legionäre anwärter von deutschen Beamten an der Ueber-schreitung der Grenze verhindert wurden. 93 deutsche junge Leute wurden Anfang Januar in die Fremdenlegion eingereiht. Selbst französische Blätter stellen fest, daß in jeder Woche 20 bis 25 Deutsche in die Fremdenlegion eingereiht werden. Auch der Mai weist die erdrückende Zahl von 58 Deutschen nach, die angeworben waren, aber an der Grenze noch festgehalten werden konnten. Es kann gar nicht eindringlich genug vor der Fremdenlegionswerbung gewarnt werden, und auch der folgende Artikel soll ein Warnungsruf sein.
Die französische Fremdenlegion übt auf junge Gemüter mehr eine anziehende als abstoßende Wirkung aus, und abenteuerliche Naturen, die hinausstreben aus der Enge der Heimat in die weite Welt, um sich dort unter fernem Bläueln in anderen Ländern auszuleben und ihr Glück zu machen, erliegen oft dem verwirrenden Einfluß des eigenartigen Haubers, der in ihrer Vorstellung über den Zuständen in der Fremdenlegion ruht. Selten gelingt der Sprung in den goldenen Ueberfluß, und gehen die Hoffnungen in die Brüche, dann bleibt für die Geschickten als letzte Rettung die Legion. Sie sehen bald, daß das kümmerliche Leben, das sie in Hunger und Not geführt haben, um vieles erträglicher war als der Dienst unter fremder Flagge und daß die Verhältnisse in der Fremdenlegion schlimmer sind, als die in ihren Ansprüchen durchaus nicht Verwöhnten es sich je träumen ließen. Ihre Warnungen bleiben unberücksichtigt; die Berichte über verzweifelte Befreiungsversuche sprechen nicht ab. Der Zustrom zur Legion läuft unaufhörlich und damit auch die Reihe der Katastrophen, die er-barmungslos den menschlichen Irctum beschließen.
Viel stärker ist unser Mitgefühl für diejenigen, die gegen ihren Willen durch arglistige Täuschung oder mit Gewalt zu französischen Soldnern wurden. Im besetzten Gebiet unterhält Frankreich zahlreiche Werbebüros. Wir müssen sie dulden. Die Anwerbung vollzieht sich in der Regel so, daß der Werber unter der Maske des teilnehmenden Freundes den arbeitslosen, durch Hunger zermürbten und willenlos gewordenen jungen Mann lohnende Beschäftigung verspricht. Ihm wird ein Arbeitsvertrag in französischer Sprache zur Unterschrift vorgelegt, der im Glauben an die Ehrlichkeit des menschenfreundlichen Helfers ohne Bedenken angenommen wird. Die unerfahrenen Opfer wissen nicht, daß sie eine Verpflichtung zum Eintritt in die französische Fremdenlegion unterzeichnen haben, und in dem Augenblick, wo sie französisches Gebiet betreten, ist ihr Schicksal besiegelt. Es kann nicht eindringlich genug vor den Gepflogenheiten dieser gemeingefährlichen Menschenjäger gewarnt werden. Man merke sich, daß nicht jeder, der in der Fremde deutsch spricht, unser Freund ist, und daß wir einem Unbekannten, der sich in auffallender Freundlichkeit an uns herandrängt und uns seine Dienste anbietet, mit größtem Mißtrauen begegnen müssen, wenn wir nicht deutliche Beweise haben, daß seine Freundschaft echt ist. Vor allem gilt die eigentlich selbstverständliche Vorsicht, nur das zu unterschreiben, was man kennt. Fremdsprachige Schriftstücke weisen man zurück oder lasse sie in einem zuverlässigen Büro, am besten in einer amtlichen Dienststelle, übersehen.
Daß Frankreich eine starke Kolonialtruppe mit fremd-ländischen Kräften unterhält, wird von allen Kulturstaaten

Das Kabinett Müller-Franken fertig

Zur Regierungsbildung — Die Berliner Presse zur Regierungsbildung — Der „Temps“ zur deutschen Regierungsbildung — Aufruf zum Jahrestag des Versailles Diktats

Berlin. Der Abgeordnete Müller-Franken hat am Dienstagabend dem Reichspräsidenten die Liste seines Kabinetts der Persönlichkeiten vorgelegt. Das neue Kabinett soll dann sofort seine erste Beratung abhalten und die Regierungserklärung vorbereiten, die am Montag nächster Woche im Plenum des Reichstages abgegeben werden soll.
Müller-Franken hat mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei sämtliche Fraktionen sehr eingehend über die Zusammensetzung des Kabinetts verhandelt lassen. Schon die Auswahl der Minister aus der sozialdemokratischen Fraktion wurde von dem Abgeordneten Müller-Franken natürlich im Einverständnis mit der Fraktion vorgenommen. Das Zentrum hat am Montagabend fast vier Stunden und am Dienstag den gesamten Vormittag über die Entsendung von Mitgliedern in das Kabinett in allen Einzelheiten beraten. Dabei hat sich ein sehr scharfer Gegensatz zwischen Dr. Brauns und Dr. Wirth herausgestellt.
In den Mittagsstunden des Dienstag, wo eine Entscheidung des Zentrums noch nicht gefallen war, stand folgende Ministerliste

fest:
Müller-Franken (Soz.), Reichkanzler,
Dr. Stresemann (D. Vp.), Außenminister,
Dr. Curtius (D. Vp.), Wirtschaftsminister,
Severing (Soz.), Innenminister,
Giffert (Soz.), Finanzminister,
Groener, Reichswehrminister,
Schägel (Bayer. Vp.), Reichspostminister,
Dr. Brauns (Zentr.), Reichsarbeitsminister,
Dietrich-Baden (Dem.), Ernährungsminister.
Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ist bei der gesamten Kabinettsbildung bisher nicht befragt.
Am Dienstag trat die Fraktion der Bayerischen Volkspartei zusammen. Auch die demokratische Fraktion hatte eine lange Sitzung. Die Deutsche nationale Volkspartei hielt ihre Fraktionssitzung erst Mittwoch früh ab, jedoch trat am Dienstag vormittag bereits der Fraktionsvorstand zusammen.

Zur Regierungsbildung

Berlin. Die Berliner Morgenblätter beschäftigen sich ausführlich mit den Schwierigkeiten, die bei der Regierungsbildung am Dienstag aufgetaucht sind. Die „Germania“ betont, daß es für das Zentrum darauf ankommt, in das Kabinett bei sachlich schwacher Beteiligung starke politische Persönlichkeiten zu entsenden. Nachdem das Ernährungsministerium durch Hermann Müller auffallend vordringlich mit Dietrich-Baden besetzt worden war, habe das Zentrum auf den Posten des Vizekanzlers Anspruch erhoben. Diese Stelle solle in die Hände des Abg. Wirth gelegt werden. Daß es am Dienstag zur endgültigen Bildung des Kabinetts nicht gekommen ist, habe daran gelegen, daß sich Widerstände gegen die Einführung des Vizekanzlerpostens bemerkbar machten. Es sei vom Zentrum vor allen Dingen der Sozialdemokratie gegenüber ein außerordentliches Entgegenkommen, wenn es das Ressort des Arbeitsministeriums behält. Sollte das Zentrum dahin gebracht werden, daß es sich vom Arbeitsministerium abwende, dann gebe es keinen besseren Weg als daß man ihm die Vizekanzlerschaft zerstört. Es müsse deutlich gesagt werden, daß das Zentrum auf ein Verständnis in der Frage des Vizekanzlerpostens mit der SPD. rechne. Das Zentrum sei bereit, mitzuarbeiten, wenn man ihm die Stellung einräumt, die man in einem Kabinett der Persönlichkeiten von ihm erwartet. Bei den Redensarten von Gegenätzen unter den Ministerkandidaten des Zentrums handele es sich tatsächlich nur um Wandelhallenklatsch. An anderer Stelle bemerkt die „Germania“ es heißt, daß die Deutsche Volkspartei sich in ihrer Fraktionssitzung am Mittwoch vormittag auf Wunsch von Curtius mit den Personalfragen des Kabinetts und der Vizekanzlerschaft befassen wolle. Ob es am Mittwoch zu einer endgültigen Entscheidung kommt, lasse sich mit Bestimmtheit nicht voraussagen. — Die „Vossische Zeitung“ berichtet, daß nach dem Sozialdemokratischen Pressedienst der Reichspräsident habe mitteilen lassen, daß er der Errichtung des Vizekanzleramtes im kommenden Reichskabinett abgeneigt wäre. In den Kabinetten des republikanischen

Deutschlands habe es nur im Kabinett Cuno als Vizekanzler Jares gegeben. Pergt sei im geschäftsführenden Kabinett Marx nur Stellvertreter des Reichskanzlers. Weiter bemerkt die „Vossische Zeitung“, daß Müller-Franken für Mittwoch nachmittag 5 Uhr sich beim Reichspräsidenten angemeldet habe und eingeschlossen sei, bis dahin die Verhandlungen zum Abschluß zu bringen. Wenn Wirth endgültig ablehnen sollte, das Verkehrsministerium zu übernehmen, werde Müller-Franken an einen anderen Zentrumsabgeordneten herantreten. Das Reichsjustizministerium habe Müller-Franken am Dienstag dem Heidelberger Universitätsprofessor Radbruch angeboten. Falls dessen Antwort nicht bis Mittwoch nachmittag eingetroffen sein sollte, werde die Ernennung des Kabinetts vorläufig ohne Justizminister erfolgen und diese Stelle einige Tage später besetzt werden. — Die „Tägliche Rundschau“ schreibt, daß Müller-Franken in der Besprechung mit Brauns, Wirth und Guérard, wie berichtet werde, erklärt haben soll, er könne den Posten eines Vizekanzlers nicht zugestehen. Im Anschluß daran soll es zwischen ihm und Wirth zu einer scharfen Auseinandersetzung gekommen sein. — Der „Vorwärts“ unterstreicht, daß es bei den Meinungsverschiedenheiten nicht um die Persönlichkeit Wirths, sondern um die Frage ob die Errichtung einer Vizekanzlerschaft zweckmäßig ist oder nicht gehe. Vielleicht betreffen die Meinungsverschiedenheiten auch die Frage, ob bei einem Kabinett ohne koalitionsmäßige Bindung einzelne Fraktionen die Personenfrage anteilmäßig souverän regeln können, bis zu dem Punkte, daß dem Reichskanzler der Minister beigegeben wird, von dem er sich im Behinderungsfalle vertreten lassen muß. Es wäre auch recht bedenklich, wenn nun eine Konkurrenz zwischen den Fraktionen entstände, welche den Vizekanzlerposten bekommen soll.

Der „Temps“ zur Frage der deutschen Regierungsbildung

Paris, 26. Juni. Der „Temps“ nimmt am Dienstag zur Frage der deutschen Regierungsbildung Stellung. Das Blatt schreibt u. a.: Obgleich die Verfassung von Weimar nur die Verantwortung von Ministern und nicht von Parteien anerkenne, wie dies Herr Stresemann ausführte, sei es doch die wichtigste Frage, ob ein Kabinett der Persönlichkeiten eine ausreichend starke Mehrheit im Reichstag finden werde, um die schweren Aufgaben, die seiner harten, durchzuführen. Man dürfe nicht vergessen, daß Stresemann selbst es oft schwer gehabt habe, seine eigene Partei für seine eigene Politik zu gewinnen. Man müsse befürchten, daß die Volkspartei oft geteilter Meinung sei und sich der Stimme enthalten werde, wenn wichtige Fragen zur Abstimmung gelangen. In diesem Fall würde die Regierung ernstlich bedroht sein. Bisher sei es völlig unklar, welche Politik das Kabinett der Persönlichkeiten betreiben wolle. Vielleicht handele es sich nur um einen Versuch, Zeit zu gewinnen, bis die Frage der Erweiterung der preussischen Regierung leichter lösbar sei. Vielleicht glaube man auch, daß eine unter sozialistischem Einfluß stehende Regierung in diesem Augenblick notwendig sei, um unter den günstigsten Bedingungen die schweren außenpolitischen Verhandlungen zu führen und Zugeständnisse für ein demokratisches Deutschland zu gewinnen, das sich nach dem erzielten Erfolg von links nach rechts entwickeln würde. In letzterem Falle müßten trotz der Anwesenheit Dr. Stresemanns und der Sozialisten in der Regierung die Allierten sehr vorsichtig zu Werke gehen. Man müsse die Taten dieses Kabinetts der Persönlichkeiten abwarten, um sich von dem Vertrauen Rechenschaft zu geben, daß das neue Deutschland auf internationalem Boden verdient.

Deutschnationale Volkspartei und monarchischer Gedanke.

Westarp gegen Lambach.
Graf Westarp, der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, setzt sich mit dem in der „Politischen Wochenchrift“ von Lambach, dem Geschäftsführer des Deutschnationalen